



Wie *Theo van Doesburg* mich, möglicherweise, 1921 konstruiert hätte, basiert haben werdend auf einem Foto von Marc Bernot, 2020.

STEFAN BLANKERTZ

ROTHBARD DENKEN

EDITION G. 120

Stefan Blankertz | 1956 | »Wortmetz« | Neoliberaler
Kulturmarxist. *Rothbardero* since 1980.


Rothbard Institut
FÜR IDEOLOGIEKRITIK

INHALT

Präambel
Die Welt als Macht meiner Vorstellung
— 9 —

Fehlkonstruktionen
— 19 —

Umgehungstendenz
— 53 —

Mietpreisbremse
Eine Fallstudie
— 77 —

Bibliografischer Abriss
Wider den Methodenzwang
— 99 —

Index
Personen: 117
Begriffe: 119

ORIGINALAUSGABE

120 edition g.

Herstellung und Verlag:
BoD – Books on Demand, Norderstedt
Copyright © 2021 Stefan Blankertz
überarbeitete Ausgabe 2022
editionpunkt.de
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-7534-0788-3

ECCE HOMO

»Die Welt ist meine Vorstellung.«
— *Arthur Schopenhauer*, 1819.

»Diese Welt ist der Wille zur Macht.«
— *Friedrich Nietzsche*, 1885.

Irgendwo — vermutlich in Asien, oder in Mexiko? — wird ein Mädchen geboren. Wild und widerständig wächst sie auf. Lernt Deutsch. Gelegentlich stolpert sie über meine Schriften und wird zum Träger einer *neuen Politik der Toleranz*. Für sie sei dieser Essay geschrieben.

PRÄAMBEL
DIE WELT ALS MACHT
MEINER VORSTELLUNG

»... anerkennen, dass wir die Welt vermittelt unserer Wahrnehmung filtern, und zugleich kurz vor dem Konstruktivismus stoppen.« — *Peter Philippson, 2001.*¹

¹ *Selbstwerdung* (2001), Berlin 2018 (edition g, 406), S. 21.



Fehlkonstruktionen. — Unter »Konstruktivismus« versteht man heute in der Philosophie gemeinhin die Auffassung, dass der Mensch sich die ihn umgebende Wirklichkeit konstruiere – jeder Mensch einzeln oder Subgruppen der Menschheit, die möglicherweise sozial und kulturell definiert sind. Ich habe nie recht einsehen wollen, wodurch diese Auffassung vom altherwürdigen deutschen Idealismus sich unterscheidet: *Die Welt als Macht meiner Vorstellung*. Eine solche Auffassung des Konstruktivismus macht uns Menschen – im Pluralis Majestatis – mit ihrer Performanz deutlich, dass das, was wir für wahr, wirklich, richtig oder falsch, recht oder unrecht, moralisch oder böse halten, weder exakt dem entspricht, was wir tatsächlich um uns herum zu sehen meinen, noch zwischen uns einmütig ist. Insofern dekonstruiert der Konstruktivismus die unbedingte Wahrheitsbehauptung, die im Bereich von Politik und Religion so viel Unheil anzurichten verstand. Jedoch stellt der Konstruktivismus seinerseits eine Wahrheitsbehauptung auf: Das, was er aussagt, gilt ihm nicht als irgendwie beliebig; mithin ergibt sich sowohl ein erkenntnistheoretischer Eigenwiderspruch als auch eine soziologische Falle: Es zeigt sich, dass Konstruktivismus leicht in Normativität umzuschlagen und gleichfalls totalitär zu werden vermag.

Einen wie es zunächst scheint vom philosophischen Konstruktivismus ganz abweichenden Begriff des Konstruktivismus hat der Ökonom und (Sozial-)Philosoph

F.A. Hayek geprägt. Mit einer kritischen Absicht kennzeichnete er dergestalt politische Denkrichtungen und Bewegungen als »konstruktivistisch«, die normativ eine Gesellschaft skizzieren, wie sie sein sollte; und dann macht man dies Ideal wahr, koste es nun, was es wolle. Im Einklang mit seiner Zeit fasste Hayek insbesondere den Staatskommunismus und den Nationalsozialismus durch solche Kategorie zusammen. Sowohl der Staatskommunismus als auch der Nationalsozialismus fallen unter eben jene Weltvorstellungen, die Paradebeispiele für nicht-konstruktivistische Denkweisen im Sinne des heutigen philosophischen Gebrauchs verkörpern: Sie sind von einer unduldsamen Wahrheitsbehauptung getragen, sei sie philosophisch auch so primitiv fundiert wie bei Josef Stalin oder Adolf Hitler. Gute Gründe sprechen dafür, dass der philosophische Konstruktivismus geradezu aus dem Bedürfnis entstanden ist, sich gegen die Erfahrungen totalitärer Indienstnahmen der Philosophie oder anderer theoretischer Bemühungen zu wappnen, die das 20. Jahrhundert prägten.

Dieses Sich-Wappnen ist allerdings gründlich misslungen. Denn Konstruktivismus kann entsprechend sich Normativität anmaßen – und hat es. Die Mahnung von Konstruktivisten, dass das, worin wir Wahrheit erblicken, eine von uns selber gestaltete Konstruktion bedeute, hat den Menschen auf der einen Seite eine enorme Freiheit – in existenzialistischer Anschauung – wiedergegeben. Auf der anderen Seite vermag sie in den Händen politisch aktiver Kräfte die Auffassung zu befeuern, eine Gesellschaft ließe sich nach beliebigen erwünschten Vorgaben einrichten. Bei der Definition der »Erwünschtheit« wird meist gar nicht mehr auf das –

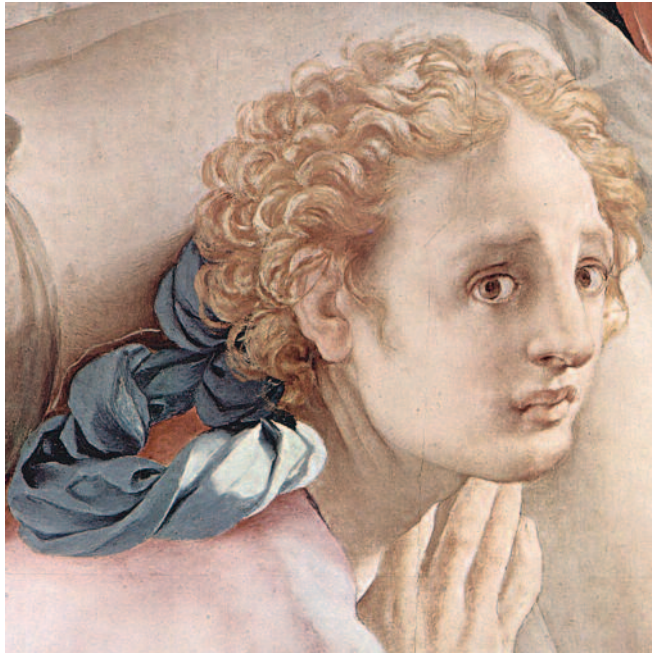
Als Briefmarke der Russischen Föderation gemeinfrei, wikimedia File:Russia-2000-stamp-Tatlin_Tower_and_Worker_and_Kolkhoz_Woman_by_Vera_Mukhina.jpg



Briefmarke der Russischen Föderation, 2000, mit dem Entwurf für das nie realisierte *Monument der Dritten Internationale* des konstruktivistischen Künstlers Wladimir Tatlin, 1920, Seite an Seite mit einer Zeichnung der 24,5 m hohen Plastik *Arbeiter und Kolchosbäuerin* der Bildhauerin Wera Muchina im Stil des Sozialistischen Realismus, zunächst gezeigt auf der Weltausstellung in Paris 1937 und nach deren Ende in Moskau aufgestellt. 1941 erhielt die Künstlerin für diese Plastik den Stalinpreis.

Hammer und Sichel sind auch in Berlin, 2020, immer häufiger als Wanddekoration hingeschmiert zu sehen. Die Nostalgie der Rückkehr zur endgültig nationalisierten Wirtschaft ist sogar verständlich, weil in der *mixed economy* die Probleme stets auf die schrumpfenden Märkte, die Vorteile dagegen auf die Regierungsinterventionen zurückgeführt werden. Weshalb die Märkte überhaupt noch dulden, fragt der gebeutelte Bürger sich. Die Herrschenden haben die Lektion gelernt, dass sie derart um so weniger zu enteignen haben, also selber drunter leiden. Besonders die Armen jedoch sehnen sich nach einer mächtigeren und klareren Lösung. Die erblicken sie in einem starken Staat, und es scheint ihnen einerlei zu sein, ob der dann rechts oder links steht – Hauptsache, er verspricht »Wohlstand für Alle«; außer, natürlich, für die jeweiligen Feinde. Dass er schließlich allerdings Knappheit für Alle (außer, natürlich, für die Herrschenden) bedeutet, steht erst im Kleingedruckten.

Aber jeder blamiert sich, so gut er kann; und das Volk ist verantwortlich für nichts, muss dann freilich das Leid tragen.



gemeinfrei via The York Project,
wikimedia File:Jacopo_Pontormo_008.jpg

Jacopo da Pontormo, Detail aus der *Kreuzabnahme Christi*, Altargemälde der Capponi-Kapelle, 1525-1528, Santa Felicita, Florenz.

Sich von diesem Blick dekonstruieren zu lassen, heißt, Legalität nicht mehr mit Legitimität zu verwechseln. Die Pflicht wird Dich immer in den Gegensatz zum rechtspositivistischen Gesetz der Staatsgewalt bringen. Das Kreuz zu tragen, bedeutet, immer zuzugestehen, daß die Gewalt des Staates stärker ist als Du, aber niemals, daß sie die Moral für sich reklamieren darf. 23.12.20

bereits in sich ziemlich problematische – Kriterium der Mehrheit Bezug genommen, sondern auf ein sattsam schwammiges »WIR« rekurriert, das sich mal bei einer fast hundert prozentigen Zustimmung wähnt und mal auch gegen eine empirische Mehrheit votieren kann.

Exemplarisch möchte ich das mit dem betrüblichen Schicksal der Gendertheorie Judith Butlers illustrieren. In *Gender Trouble* (1990) knüpft sie an das Diktum von Simone de Beauvoir an, man werde als Frau nicht geboren, sondern zur Frau gemacht.¹ Butler zeigt auf, wie das Geschlecht, vor allem eine binäre Geschlechtlichkeit des Menschen ab der Geburt durch performative Sprechakte erzeugt – eben konstruiert – werde und setzt sich vor allem auch kritisch auseinander mit den feministischen, gar explizit lesbischen Ansätzen, wenn sie die Vorstellung einer »natürlichen« Weiblichkeit beinhalten. Das Buch mündet in dem Appell, sich durch einen »parodistischen« Umgang mit den Geschlechteridentitäten persönliche Freiheit zu erringen.² Das ist die aufklärerische Kluft ihrer Theorie.

Judith Butler ist bekenntend lesbisch. Man kann also davon ausgehen, dass für sie selber das Geschlecht ihres Lebens- und Sexualpartners ebenso bedeutungsvoll ist wie für einen Heterosexuellen. Auch Bisexuelle finden es meist nicht egal, welchem Geschlecht der angehört, mit dem sie sich aktuell liieren. Freilich: Sogar wenn es

1 Judith Butler, *Gender Trouble*, New York 1990, S. 8: »One is not born a woman, but, rather, becomes one.« Original: »On ne naît pas femme : on le devient« (*Le Deuxième Sexe*, Band 2, Paris 1949, S. 13). Basiert auf Erasmus 1513 »homines non nascentur, sed finguntur« (Menschen werden nicht geboren, sondern gebildet). Ein übrigens nicht nur aufklärerischer, sondern auch überheblicher Satz.

2 »practice of parody« (*Gender Trouble*, S. 146).

Menschen gäbe, für die das Geschlecht in der Wahl von Partnern oder Freunden ernstlich keinerlei Rolle spielt, legitimiert dies nicht, dass man es auch für Andere zur Wahrheit macht. Die Tatsache von Transsexualität, die einen so großen Raum in Butlers Argumentationsgang einnimmt, spricht gegen ihre eigene Theorie. Wenn das Geschlecht ein rein gesellschaftliches Konstrukt wäre, wäre es nicht zu verstehen, warum jemand das Gefühl haben könnte, in einem »falschen« Körper geboren zu sein – und allem voran gäbe es nun überhaupt keinen Grund, diesen Körper als Körper durch chirurgischen und medikamentösen Eingriff zu verändern. Offenbar kommt diesem Körper eine Art Objektivität zu, die sich nicht dekonstruieren, wohl aber in gewissem Ausmaß materiell manipulieren lässt.

Mit ihrem Bekenntnis dazu, lesbisch zu sein, macht Judith Butler noch ein Zweites. Sie diskriminiert; sie diskriminiert dem Geschlecht nach: Männer sind ausgeschlossen. Nicht nur das. Sofern sie eine Partnerin hat, schließt sie ebenfalls fast alle Frauen aus dem Kreis aus, die Chance zu haben, mit ihr eine Partnerschaft einzugehen. Dies ist keine triviale Feststellung angesichts von ersten Versuchen in öffentlichen Schulen, enge Freundschaft unter Schülern als diskriminierend zu stigmatisieren. Jede Form intimer und mithin exklusiver Freundschaft wird denunziert. Niemand dürfe Mauerblümchen bleiben, so als ob es nicht die grundlegende Funktion der Selbstbestimmung ist, sich diejenigen frei zu wählen, mit denen man Umgang pflegt, und nicht gezwungen zu sein, mit Anderen umzugehen, die man nun mal nicht riechen kann.

Bei allem, was mir an Butlers Theorie problematisch

klingt, war es für mich inspirierend und erhellend, mich mit ihr kritisch zu befassen. Und es ist sinnvoll, sich durch sie anregen zu lassen, denn was man vergeblich sucht in ihrem Buch, sind: Aufrufe, Andersdenkende sozial zu marginalisieren. Forderungen, Personen, die es aus welchem Grunde auch immer ablehnen, eine gendergerechte Sprache zu verwenden, akademisch oder gar strafrechtlich zu sanktionieren. Es wird nichtmal der Entwurf für ein Curriculum vorgelegt, das in öffentlichen Schulen oder gar Kindergärten gegen den Willen der Betroffenen zu implementieren sei, seien es die Kinder und Jugendlichen, seien es ihre Eltern, seien es die Lehrer oder die Erzieher. Doch ist es genau dies, was man dreißig Jahre nach *Gender Trouble* mit Bezugnahme auf jenes Buch zur Wahrheit macht. WIR wollen das, egal wie viele oder wie wenige WIR sind, und WIR können das, sobald WIR Macht dazu haben. WIR tun das, weil es moralisch wahr ist. Judith Butler selber hat man zu einem performativen Sprechakt degradiert und ihrer aufklärerischen Kluft gestrippt.

Staatsgewalt macht aus der dekonstruktivistischen Theorie eine konstruktivistische Praxis – nun ganz im Sinne von F.A. Hayek. Zu deren Rechtfertigung kriegt man zu hören, die Gewalt performativer Akte schaffe mit den öffentlichen Institutionen das Konstrukt der Weiblichkeit (und der Männlichkeit), sodass man, falls man hierzu die Macht erlangt, die Möglichkeiten genau dieser öffentlichen Institutionen einsetzen müsse, um gegenzusteuern. Öffentliche Institutionen vermögen schließlich nur eins von beidem, die hergebrachte Form der binären Geschlechtlichkeit zu propagieren oder die neue Form der Gendertheorie zu implementieren.

Insoweit es die öffentlichen Institutionen – laut der herrschenden Sprechweise sind damit ausschließlich *staatliche* gemeint – betrifft, macht die Rechtfertigung durchaus Sinn. Hier zeigt sich, was der Konstruktivismus über all seine erkenntnistheoretischen Spielchen ganz vergessen hat zu dekonstruieren: das politische System.¹ Nicht ein spezielles politisches System, vielmehr das System der Politik: Als »Macht« war es in der Theorie von Michel Foucault noch allgegenwärtig. Doch seine Analyse ist untergegangen – nicht zufällig, sondern genau aus dem Grund, dass sie nicht politiktauglich, nicht politikgängig ist. Ebenso politiktauglich wie politikgängig ist aber eine Form des Konstruktivismus, der den politisch Handelnden zuruft: Was immer ihr für richtig haltet und was immer ihr entscheidet, ihr könnt und ihr dürft, ja, ihr müsst es *qua* Staatsgewalt umsetzen.

Die Infrastrukturen,² die uns umgeben, sind Konstrukte der Staatsgewalt; sie entspringen unfreiwilliger Interaktion: dem politischen Prozess, welchen Gewalt prägt. Etwas wird verbindlich nicht, weil es akzeptiert wird, sondern weil der Apparat (infra-)struktureller Gewalt Minderheiten oder zuweilen auch Mehrheiten unterdrückt und mundtot macht. Dies sei mein Ausgangspunkt der Dekonstruktion ebenso westlichweißer wie patriarchalischer Politik des Antikapitalismus.

1 Judith Butler, *Gender Trouble*, S. 148: »The deconstruction of identity is not the deconstruction of politics.«

2 Bildungs-, Gefängnis-, Gesundheits- und Sozialwesen, Justiz, Kultur, Militär, Polizei, Straßen und Parks, Telekommunikation, Versorgungsunternehmen, Währung. – Diese These ist ursprünglich von Paul Goodman angeregt, siehe unten das Zitat auf S. 78.

»Viele sind der Ansicht, dass die gewöhnlichen Wettbewerbsprozesse des Marktes die Einführung neuer Verfahren nicht ausreichend bereit stellen und daher Innovationen von der Regierung gefördert werden müssten. Aber der Markt entscheidet über das *Tempo* der Einführung neuer Verfahren ebenso wie er über das *Tempo* der Industrialisierung eines geographischen Gebiets entscheidet.« — *Murray Rothbard*, 1970.¹

¹ *Power & Market: Government & the Economy* (1970), Kansas City 1977, S. 70. (Meine Hervorhebung: Zum *Tempo* vgl. unten S. 46.) Deutsch als Band 3 von *Mensch, Wirtschaft und Staat*, Wien 2021 (*mises.at*), S. 1028.

1

»... **wir steigern das Bruttosozialprodukt!**« — Begriffe im politisch-ökonomischen Diskurs scheinen ebenso geläufig wie wirklich zu sein. Man bemisst und vergleicht nationalen Wohlstand mit dem Bruttoinlandsprodukt o. ä. »makro-ökonomischen Instrumentarien«.

Stellen wir uns vor, jede Familie mit Kindern, in der ein Elternteil den Kindern zum Schlafengehen etwas vorliest, würde, statt den eigenen Kindern den Kindern der zur linken Hand nächstwohnenden Familie mit Kindern vorlesen und dafür entlohnt werden. Trotz der hiermit sicherlich verbundenen Dramen (und dem mit diesen verglichen sicherlich bloß geringen Zugewinn an »Wohlstand«) hätte sich über Nacht das Bruttoinlandsprodukt erhöht, nicht spürbar, aber sichtbar, soweit wir die Statistik statt der Wirklichkeit betrachten. Das Land, das diesen genialen Trick anwenden würde, würde schnell sich den Nachbarn gegenüber als deutlich wirtschaftspotenter darzustellen vermögen.¹

Ein solcher verwegener Plan, um das Bruttoinlandsprodukt anzuheben, ist mir wenigstens nicht bekannt. Wohl aber herrscht seit einigen Jahren und immer mal wieder Kritik daran, dass der Kapitalismus die Hausarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit nicht angemessen würdige; dies war ein ziemlich bedeutsamer Diskurs, solange die Hausarbeit in der geschlechterspezifischen

¹ In Anlehnung an: *Murray Rothbard, Man, Economy, and State* (1962), Los Angeles 1970, S. 940 (Anm. 104). Deutsch: *Mensch, Wirtschaft und Staat*, Band 2, Wien 2021, S. 887, Fn. 2. Siehe auch *Bibliografischer Abriss*.

Arbeitsteilung üblicherweise festgelegt sich fand. Eine bis heute vorherrschende Idee, das auf diese Weise herausgestellte Manko des Kapitalismus zu heilen, lautet nun nicht etwa, dass der Lebenspartner, der unentgeltlich den Haushalt führte, diesen bei der Familie linker Hand übernehme und hierfür von ihr entlohnt werde, vielmehr dass der Staat die Entlohnung vornehme. Das würde noch mehr erreichen, weil die für derartige Entlohnung der Schattenarbeit benötigten Mittel zunächst vereinnahmt und dann nach einem vermutlich äußerst komplizierten Schlüssel wiederum verausgabt werden müssten. Die Vereinnahmung *qua* Steuererhebung sowie die Verausgabung *qua* Verteilungsbürokratie würde ja weitere Arbeitsplätze schaffen und somit das Bruttoinlandsprodukt noch mehr in die Höhe schrauben.

Vermutlich fällt erst einmal kaum auf, wie merkwürdig jene Formulierung, der Kapitalismus würdige Hausarbeit nicht angemessen, in Wirklichkeit ist. In ihr spricht man den Kapitalismus an, als sei er ein handelndes Subjekt, vergleichbar etwa mit dem Staat,¹ der den im Krieg verdienten General mit Orden behängt und dadurch seine lobenswert altruistische »Bereitschaft« würdigt, das Leben Übriger fürs Vaterland hinzugeben. Führen wir den allzu allgemeinen Begriff *Kapitalismus* auf die tatsächlich handelnden Subjekte zurück, bekommt die Geschichte eine ganz neue Färbung. Woher weiß der Kritiker, ob in einer Lebensgemeinschaft, in der der Eine von beiden einer Erwerbsarbeit nachgeht und der Andere den Haushalt führt, dessen Tätigkeit angemessen gewürdigt wird? Und wer sonst wäre ferner

¹ Wer hier eine (historisch-materialistische) Staatstheorie vermisst, sei auf meine *Einladung zur Freiheit* (edition g. 118) verwiesen.

berechtigt, einen Maßstab für die Angemessenheit zu setzen, als die in Frage stehende Person selber? Sollte es denn niemals auch umgekehrt vorkommen, dass der Partner, der zu Haus ist, den aufopferungsreichen Einsatz des einer Erwerbsarbeit nachgehenden Partners nicht angemessen würdigt? Woher weiß der Kritiker, dass in allen Partnerschaften solche Unangemessenheit der Würdigung vorliegt? Wie könnte ein Test strenger ausfallen als in der Form, ob der möglicherweise nicht angemessen gewürdigte Partner an der Lebensgemeinschaft festhält? Wenn die Antwort auf die letzte Frage lautet, der hausarbeitende Partner *dürfe* einer Erwerbsarbeit nicht nachgehen, wie das für Frauen bei uns lange galt und in anderen Ländern noch gilt, befinden wir uns in keiner kapitalistisch geprägten Situation, sondern einer, in welcher die Staatsgewalt ein kulturelles, meist religiös motiviertes Gebot durchpeitscht. Dass die Aufhebung sowohl der ökonomisch als auch der kulturell begründeten Arbeitsteilung der Geschlechter möglich ist, gehört zu den großen befreienden Errungenschaften des Kapitalismus. So zweifellos, dass auch Karl Marx und Friedrich Engels nicht umhin kamen, sie mit Hochachtung zu bedenken. Der Kapitalismus hat hier die *Wahlmöglichkeit* eröffnet. Erst eine staatlich herbeigeführte Wiederverarmung führt ins Gegenteil, dass die Erwerbsarbeit *beider* Lebenspartner erforderlich ist, um die Familie über die Runden zu bringen.

2

Paradoxe Wandel im Antikapitalismus. — In dem, was man dem Kapitalismus ganz allgemein vorwirft, hat eine inhaltlich klare, doch zeitlich etwas unscharfe

Zäsur stattgefunden, die vor einigen Jahrzehnten begann und heute mehr oder weniger abgeschlossen ist: »(a) der Kapitalismus ›wächst‹ nicht schnell genug, und (b) das Problem mit dem Kapitalismus liege darin, dass er uns zu ›wohlhabend‹ macht.«¹

Der ältere Vorwurf lautete, dass der Kapitalismus zu wenig produziere: Es gäbe den einen oder anderen Mechanismus (verschiedene Theoretiker haben unterschiedliche Mechanismen namhaft gemacht), der den Kapitalismus daran hindere, die Produktivkräfte optimal zu entfalten und die wirtschaftliche Fortschrittlichkeit weitestmöglich voranzutreiben. Als Bereiche, die der Kapitalismus nicht oder ungenügend entwickle, nannten Politiker, Sozialkritiker, Wirtschaftsvertreter sowie Ökonomen: Infrastrukturen, Schwerindustrie, (Schul-) Bildung, Gesundheitswesen und Forschung. Aus dieser Kritik erwuchs das politische Heilmittel der staatlichen Übernahme: Nationalisierung.

Dabei gab es keine einzige staatlich übernommene soziale Funktion, die niemals anders als staatlich zur Verfügung gestellt wurde, trotz des beharrlichen Festhaltens realitätsblinder Ökonomen an der gegenteiligen Behauptung: es existierten *Kollektivgüter*, die grundsätzlich nicht und unter keinen Umständen anders als auf dem Weg staatlicherseits angewandter Gewalt – Besteuerung und Regierungsbudget – zu erlangen seien. Es ging immer darum, dass die Art, in der bestimmte Güter auf den Märkten mit selbstorganisiertem und verantwortlichem Handeln durchs Subjekt produziert

1 *Man, Economy, and State*, S. 840 (dt. S. 876). Der Vorwurf des Wohlstands oder Überflusses war damals nackt, heute kleidet er sich ein: der Kapitalismus zerstöre Gesundheit, Klima, Lebensfreude, Natur, Umwelt.

wurden, irgendeinem Maßstab zufolge ungenügend seien, den man losgelöst von den betroffenen Handelnden generiert, oder dass die Menge bestimmter Güter nicht ausreiche, ebenfalls gemessen an solch einem externen Maßstab. Antikapitalismus zeigt in allen Formen einen starken Hang zur Bevormundung.

»Gewaltcharakter des Staats« hört sich drastisch an. Indessen: Sogar das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland weist ihm eine wesentliche Bedeutung zu, statuiert es doch, alle *Staatsgewalt* gehe *vom Volke aus*. Das Spezifische staatlicher Gewalt liegt darin, dass der Staat einen Monopolanspruch erhebt (du sollst keinen anderen Gott haben neben mir), welchen er mehr oder weniger erfolgreich verteidigt. In der Demokratie gilt die weitere Besonderheit, dass die Gewalt idealtypisch Namens der Mehrheit des Volks ausgeübt wird. Das macht die Gewalt nicht geringer, nicht moralischer und auch nicht behaglicher. Bei entwickelter Staatlichkeit handelt es sich freilich, wie wir sehen werden, vor allem um (*infra-*)strukturelle Gewalt.

Seit der Russischen Oktoberrevolution 1917 war die Systemfrage bloß noch die, ob, um eine ausreichende und optimale wirtschaftliche Entwicklung zum Wohle Aller zu gewährleisten, die gesamte Wirtschaft in staatliche Planung zu übernehmen sei, oder nur rund deren Hälfte. Zwischen totalitärem Osten und freiem Westen herrschte ein mehr oder – meistens – minder großer gradueller, kein wirklich systemischer Unterschied.¹ Darum will ich die Theorie, der Kapitalismus müsse

1 »The extent of socialism in the present day [d.h. 1962] world is at the same time *underestimated* in countries such as the United States and *overestimated* in Soviet Russia.« *Man, Economy, and State*, S. 830 (dt. S. 864).

durch Staatshandeln entweder ersetzt oder zumindest in weiten Teilen kanalisiert, modifiziert, überwacht und unterstützt werden, unhistorisch als »Stalinismus« bezeichnen, nicht weil Josef Stalin der erste war, der sie vertrat (vielmehr finden sich schon bei Adam Smith die Ursprünge dieser Argumentation), sondern weil die Theorie in seinem Regime ihren höchsten Ausdruck fand. Weshalb, obwohl es nicht sich um systemische Unterschiede handelte, das Ergebnis grundverschieden ausfiel, ist ein Thema des zweiten Teils unter dem Titel *Umgehungstendenz*.¹

Die universelle Akzeptanz Stalinistischer Theorie der Entwicklung lässt sich nicht besser beweisen als mit Hinweis auf die Entwicklungspolitik der Westlichen Welt, die darauf setzte, in den Ländern, die angeblich eine von außen organisierte Entwicklung benötigten, um aus der Armut heraus zu finden, Infrastrukturen wie Straßen und Bildung aufzubauen. Das empirische Scheitern dieser Entwicklungspolitik – etwa in Afrika – ist ebenso dramatisch und für die Bevölkerungen, die es trifft, tragisch wie das Scheitern des Staatssozialismus² in der vormaligen UdSSR und ihren Satellitenstaaten, in der VR China, in Nordkorea oder derzeitig in Venezuela. Die Bedingung dieses Scheiterns fasst Rothbard in der Gesetzmäßigkeit zusammen, »Zwang

1 Siehe Abschnitt II (S. 68ff).

2 Es gab einen nicht-staatlich gedachten Sozialismus – von Pierre-Joseph Proudhon über Michael Bakunin, Peter Kropotkin, Gustav Landauer, Benjamin R. Tucker (er half bei Rothbards Konversion zum Anarchisten), Voltairine de Cleyre und Emma Goldman bis hin zu Martin Buber –, der bis 1917 vermutlich die Mehrheit der revolutionären Bewegung darstellte und im Sperrfeuer der Lenins, Trotzki's, Stalins, Ben-Gurions, Maos und Che Guevaras unterging. David Ben-Gurion hier einzureihen, ist schmerzlich, aber notwendig. Martin Buber war die Alternative.

und Gewalt können ›verteilen‹, vermögen aber nicht zu produzieren».¹

Mit den 1960er Jahren und der Wohlstandsgesellschaft hat im Westen die Kritik am Kapitalismus sich um 180 Grad gedreht und ist in ihr Gegenteil umgeschlagen, nämlich der Kapitalismus produziere zu viel (und das Falsche). Ressourcenverbrauch und Umweltschäden sind nun die herrschenden Themen; einzig bezogen auf Gesundheit und Bildung bleibt es bei der älteren Beteuerung, der Kapitalismus produziere zu wenig. Obwohl die neue Kritik auf eine Situation trifft, in der alle inkriminierten Fehlentwicklungen entweder allein durch den Staat oder mit seiner massiven Unterstützung, Überwachung, Modifikation, Kanalisierung usw. von statten gegangen sind, wendet sie sich nicht gegen den Staat (oder dies bloß während der kurzen Übergangsperiode der Neuen Linken Ende der 1960er bis Anfang der 1980er Jahre), sondern wiederum gegen »den Kapitalismus«. – Diese heutige Form der Kritik möchte ich genauso polemisch, dafür sehr historisch als eine der »Bevormundermenschen«² bezeichnen, denn das hauptsächliche Mittel der Heilung besteht solcher Form der Kritik zufolge in Überwachung, Modifikation sowie Kanalisierung privater Verhaltensweisen durch den Staat. Die Bandbreite reicht von »Anreizen« (etwa

1 Murray Rothbard, *Power & Market: Government & the Economy* (1970), Kansas City 1977, S. 222 (dt. S. 1184).

2 Ein Begriff von Jens Bjørneboe. »Vi er endelig ankommet til formyndermenneskets tidsalder.« (Wir sind endlich angekommen im Zeitalter des Bevormundermenschen. – Rede an Abiturienten, Oslo 1956; abgedruckt in: Jens Bjørneboe, *Norge, mitt Norge: Essays om formyndermennesket*, Oslo 1968.) Gilles Deleuze sprach 1990, weniger poetisch, doch genauso zutreffend von der »Kontrollgesellschaft«. Aber im Gegensatz zu Deleuze wusste Bjørneboe, dass der Staat die treibende Kraft dahinter ist.

Kauf- und Abwrackprämien, Steuern auf missliebige Produkte usw.) bis hin zu manifesten Verboten.

Einer der wirksamsten Hebel der Bevormundermenschen war die Anti-Atomkraft-Bewegung.¹ Dabei hätte Atomkraft geradezu als das Paradebeispiel der Stalinistischen Entwicklungspolitik zu gelten. Überall ist Stromerzeugung mittels Atomkraft das Werk von staatlichen Energieversorgern, von Energieversorgern, denen der Staat Monopolprivilegien verliehen hat, oder für die er vorteilhafte rechtliche Rahmenbedingungen schuf, etwa die Enthebung von möglicher Haftung bei Schäden. Auf den letzten Punkt, die Enthebung von möglicher Haftung, komme ich gleich beim Thema der *Verkehrsinfrastruktur* zurück.²

Es ist nicht so sehr zu fragen, ob – und in welcher Weise – Atomkraftwerke auf den Märkten entstanden wären, hätten entstehen können oder in Zukunft entstehen könnten, als vielmehr zu konstatieren, dass der Grund für das massive staatliche Protegieren der Atomkraft, der segensreichen »friedlichen Nutzung der Kernenergie«, die Stalinistische Entwicklungstheorie war, nämlich die Angst, die Märkte, mithin freie Interaktion von Menschen, würden sie eben genau nicht hervorbringen. Sie war *politisch* gewollt; der Kapitalismus hat in ihr keine Aktien.

Wir erkennen hier sofort eine weitere Problematik des herrschenden Diskurses: Indes die Bevormundermenschen sich gegen eine der staatlich erzeugten Infrastrukturen wenden, diese jedoch den Märkten anlasten

¹ Zu dem anderen ursprünglichen Hebel, der Bewegung gegens Rauchen, siehe unten S. 48.

² Siehe unten S. 31ff.

Foto: Gill Tudor/IAEA, 18. 12. 2012, CC-BY-SA, Wikimedia File:Unit_4_Landscape_(0281316).jpg



Reaktor 4 des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi nach der Zerstörung durch einen Tsunami im März 2011. Der Betreiber dieses Reaktors war die Tōkyō Denryoku AG (Tōden, 東電), 1939 verstaatlicht, 1951 mit Monopolgarantie privatisiert, ab 1995 Quasi-Monopolist im Großraum Tokio, Aktien teilweise »in öffentlicher Hand«.

Bloß staatliche Forschung sowie fortgesetzte massive Subventionen bewegten Energieunternehmen in Japan und anderswo zum Bau von Atomreaktoren, ganz zu schweigen von rein staatlich betriebenen Reaktoren in der UdSSR und anderswo.

Wer staatliche Grundlagenforschung will – dies ist das Ergebnis. Oder, weniger polemisch: ... es könnte das Ergebnis sein, wenn die Grundlagenforschung durch den Staat organisiert wird, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und unter Umgehung von Bedenken. Woher wissen die, die die Sünden gestriger staatlicher Infrastrukturleistungen durch neue Maßnahmen des Staats in anderer Richtung heilen wollen, dass in hundert oder bereits in fünfzig Jahren nicht sich die eingeschlagene Richtung als ebenso katastrophaler Fehler herausstellt? Ein ressourcenschonender Umgang ist eine Tugend, die um so weniger Chancen hat, desto mehr Mittel zur Verfügung stehen, entgegenstehende Bedürfnisse und Interessen zu übergehen und zur Kooperation oder wenigstens zum Stillhalten zu verpflichten. Diktatur ist das althergebrachte Instrument. Der entwickelte demokratische Staat nutzt seine Finanzmacht.



Foto: Christoph Fihnköfl, 14. 4. 2006, CC-BY-SA,
wikimedia File:Dreischluchtdamm_hauptwall_2006.jpg

Drei-Schluchten-Talsperre, Hauptwall, Jangtse bei Yichang, das größte Infrastrukturprojekt Chinas, erbaut 1995 bis 2008/2012.

Für diese Talsperre wurden mehrere Millionen Menschen, vornehmlich Bauern, aus rund 140 Orten zum Teil zwangsumgesiedelt in für sie deutlich schlechtere, weniger fruchtbare Gebiete. Nach ihrer Fertigstellung mussten weitere Millionen Menschen aus ökologischen Gründen umgesiedelt werden.

Im »öffentlichen Interesse«, was nichts anderes heißt als: zum Wohle der Staatsgewalt.

»Unabhängig von der Regierungsform sind die Machthaber die wahren Besitzer des Eigentums. [...] In jeder Regierungsform sind die Herrscher jedoch vorübergehend. [...] Deshalb betrachtet ein Regierungsvertreter sich bloß als einen vorübergehenden Eigentümer. Während ein Privateigentümer, der sicher in seinem Eigentum ist und dessen Kapitalwert besitzt, die Nutzung seiner Ressourcen über einen langen Zeitraum plant, muss der Regierungsvertreter das Eigentum *so schnell wie möglich* melken, weil er keine Eigentumssicherheit hat. [...] Kurz gesagt, die Regierungsvertreter besitzen zwar die Nutzung von Ressourcen, nicht aber ihren kapitalisierten Wert [...]. Wenn nur die aktuelle Nutzung, nicht aber die Ressource selber besessen werden kann, wird es *schnell* zu einer unwirtschaftlichen *Erschöpfung der Ressourcen* kommen, da es niemandem zum Vorteil gereicht, sie über einen bestimmten Zeitraum zu erhalten, und jedem Eigentümer zum Vorteil gereicht, sie so schnell wie möglich zu verbrauchen.« (*Power & Market*, S. 188f; dt. S. 1150. Meine Hervorhebung.)

und die Kur in *verstärkter* Staatlichkeit erblicken, verteidigen ihre vermeintlich konservativen, liberalen oder gar »rechten« Gegner einen Zustand der Entwicklung, der seinerseits ebenfalls durch Staatshandeln hervorgerufen worden ist. Genau wie in der Zeit der Herrschaft der Stalinistischen Entwicklungspolitik beide Seiten der vermeintlich unterschiedlichen Lagern und Systemen angehörenden Kontrahenten der grundsätzlich *gleichen* Theorie angehörten, so verhält es sich auch im aktuellen Diskurs. Beide Seiten halten Staatlichkeit hoch, unterschiedlich sind Grad der Staatlichkeit und vor allem Inhalt dessen, was an staatlichem Handeln gefordert wird.

Die Schlacht um die Atomkraft ist weitgehend geschlagen, nun rücken andere Themen in den Vordergrund, besonders das Verkehrswesen. Und auch beim Verkehrswesen bestätigt sich die mit dem Thema der Atomkraft illustrierte Grundthese, dass es staatlich geprägte oder gar geschaffene Infrastrukturen sind, die den Stein des Anstoßes bilden, obzwar man erneut den Kapitalismus bezichtigt, für die Krankheit verantwortlich zu zeichnen.

Straßen- und Fluglärm, Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung nerven gehörig, gefährden die Gesundheit, das ist gewiss. Wie jedoch entstanden die gegenwärtigen verkehrstechnischen Strukturen? Seit dem Römischen Reich galten Straßen als eminent wichtiges militärisches Gebiet. Wer, wenn nicht der Staat mit seinen Möglichkeiten, fast unbegrenzt Mittel aus der produktiven Bevölkerung herauszuziehen sowie Grund und Boden im öffentlichen Interesse den möglicherweise widerstrebenden Besitzern zu enteignen, vermag

solche Verkehrsnetze zu finanzieren und anzulegen? In der Ära der Stalinistischen Entwicklungspolitik stellte das eine der zentralen Begründungen dar, weshalb der Staat im Bereich der Infrastruktur die Oberhoheit erlangen und behalten müsse. Die andere der zentralen Begründungen war die Unterstellung, nur die staatliche Planung sei in der Lage, die Infrastruktur bedürfnisgerecht zu gestalten, wobei allerdings keine Einigkeit herrschte, wie die Bedürfnisse zu definieren seien; die Einen wollten der Wirtschaft dienen, die Anderen den Armen oder denen, die in angeblich strukturschwachen Gegenden leben. Als es Anfang der 1980er Jahre um die Privatisierung der Telekommunikation geht,¹ macht die Angst sich bei den Sozialdemokraten breit, die Kosten für die Arme Oma auf dem Lande, die ihre Enkel anrufen wolle, würden explodieren, während die Großen Firmen günstiger davon kämen. Über diese Angst kann man heute bloß noch lachen, weil die Möglichkeiten der Telekommunikation explodiert, unterdessen die Preise implodiert sind.

Wenn wir den Stadtplan von Paris, mehr durch Absolutismus, Jakobinismus und Bonapartismus geprägt als durch die mittelalterlichen Ursprünge, mit dem von Köln vergleichen, wo trotz der fast kompletten Zerstörung im Zweiten Weltkrieg noch viele Winkel aus der Zeit der reichsfreien Stadt sich erhielten, sehen wir den fundamentalen Unterschied zwischen einer staat-

¹ Die Deutsche Telekom wurde 1995 gegründet; der Gründung voraus gingen 15 Jahre Diskussion und fünf Jahre schrittweiser Postreformen. – Die Quelle besagter German Angst sind Diskussionen mit meinen Eltern, beides Sozialdemokraten, als ich seit Anfang der 1980er Jahre zaghaft für Privatisierung eingetreten bin. (Anarchist-sein war in Ordnung, solange der Antikapitalismus nicht in Zweifel stand.)

lich zentralen Planung der Infrastruktur und ihrer organischen Entstehung aus dem Handeln der Subjekte heraus. Angesichts der aktuellen Kritik an wuchernden, jedoch höchst präzise geplanten Infrastrukturen erhält dieser Vergleich eine ganz neue Dimension.

Als nach der Erfindung der Eisenbahn die Verkehrsinfrastruktur im modernen Sinne begann, konnte es den Stalinistischen Entwicklungspolitikern gar nicht schnell genug gehen mit dem Ausbau des Schienennetzes und der Anbindung aller systemrelevanten Ortschaften. Neben Zurverfügungstellung vermittels Enteignung und Zwangsräumung der Grundstücke für die Gleisverlegung war es vor allem der Ausschluss einer Haftung für Schäden (zum Beispiel Inbrandsetzen von Feldern durch Funkenflug),¹ der den Weg ebnete. Über Geruch, Lärm und Schadstoffe sprach man gar nicht erst. Um die Netze auch dort ausbauen zu können, wo sie für private Eisenbahngesellschaften nicht profitabel waren, wurden diese zunehmend nationalisiert. Die Frage, warum es profitabel sei, wenn der Staat anderweitig unprofitable Strecken betreibt, wurde kaum gestellt. Selten wurde die Frage gestellt, wer denn für das so entstehende Defizit wirklich bezahle.²

Aber wie immer bei Nationalisierung: Die tatsächliche Wirkung bestand in einer Marginalisierung des Bahnverkehrs.³ Der Straßenverkehr machte der Bahn zunehmend Konkurrenz. Merkwürdigerweise galt es

¹ Vgl. Morton J. Horwitz, *The Transformation of American Law 1780-1860*, Cambridge, MS 1978, S. 69f, 137f. Ganz abgesehen von den großen Land-schenkungen an die Eisenbahnen, vgl. *Power & Market*, S. 70 (dt. S. 1024).

² Siehe zu dieser Frage Abschnitt 4 (S. 41ff).

³ »When France nationalized the important Western Railway system in 1908, freight was increasingly damaged, trains slowed down, and accidents

als völlig normal, dass man für eine Bahnfahrt oder für den Gütertransport mit der Bahn Gebühren berappen musste (selbst wenn die Bahn dann nationalisiert war), während die Nutzung der Straßen fast selbstverständlich kostenfrei erfolgte. Die Flugzeuge dann durften ebenfalls ohne Weiteres den Luftraum über den Eigentümern von Grund & Boden nutzen *sowie verschmutzen und beschallen*.¹ Dass derart der Bahn- gegenüber dem Straßen- und Flugverkehr verloren hatte, folgte zwar ökonomisch gesehen zwangsläufig, aber die »Meinung« der Öffentlichkeit, der Ökonomen und der Stadtplaner ebenso wie heutiger Bevormundermenschen geht dahin, das Überhandnehmen des Individualverkehrs wäre Ergebnis unverantwortlichen Handelns der Subjekte, die darob zu drangsalieren und reglementieren seien.

Während die Stalinistischen Entwicklungspolitiker wenigstens noch wussten, dass Infrastruktur *per* produktiver Arbeit erwirtschaftet werden muss, ist dieses Wissen bei den Bevormundermenschen abhanden gekommen. Da sie zwar die meisten Infrastrukturen als übertrieben ausgebaut sehen – durch die Hand profit-

grew at such a pace that an economist caustically observed that the French government had added railway accidents to its growing list of monopolies.« *Man, Economy, and State*, S. 932 (Anm. 65); dt. S. 858, Fn. 2. – Üblicherweise wird die Dominanz des Individual- über den Bahnverkehr als genuin kapitalistisch (im Sinne von *mixed economy*; denn über Kapitalismus im kritischen Sinne wird üblicherweise nicht gesprochen) charakterisiert. – Zum staatlichen Eisenbahnungsglück vgl. Ayn Rand, *Atlas Shrugged* (1957). In deutsch: *Der Streik*.

¹ Günstige Verschmutzungsrechte von Luft und Wasser hat der Staat auch vielen weiteren Wirtschaftszweigen eingeräumt, so beispielsweise den Stromerzeugern aus Kohle, Müll, Biomasse, Erdgas, der Schwer- und Chemieindustrie, im Prinzip der ganzen produzierenden Industrie sowie der Landwirtschaft. Vgl. Murray Rothbard, *For a New Liberty* (1973/78), New York 1978, Kap. 13; dt. Band 2, edition g. 103, Kap. 10.

und selbstüchtiger Kapitalisten –, gibt es einige andere Infrastrukturen, auf die sie ein (An-) Recht deklarieren.

Und ihrer neuen Entwicklungstheorie zufolge reicht es völlig aus, *qua* staatlicher Gewalt ein (An-) Recht auf »etwas« zu deklarieren, um es dann in ausreichender Menge vorzufinden, jedenfalls wenn man es den profit- und selbstüchtigen Kapitalisten aus den Händen reißt. Eins von diesen (An-) Rechten ist das Wasser.

Natürlich ist nicht irgendwie Wasser gemeint, sondern das saubere Trinkwasser. Ausreichend sauberes Trinkwasser zur Verfügung zu haben, gehört sicherlich genauso zu den Grundvoraussetzungen eines gesunden und angenehmen Lebens wie saubere Luft atmen zu können. Sobald man sich jedoch um Wasserversorgung Gedanken machen muss, bedeutet es, dass Wasser nicht ohne Weiteres zur Verfügung steht; vielmehr muss es produziert werden: Wasserleitungen müssen gelegt und gewartet, Wasserdruck muss gewährleistet, Abwasser aufgefangen und aufbereitet werden. Hierzu ist *Arbeit* notwendig, werden Maschinen eingesetzt, Chemikalien benutzt. Wasser muss produziert werden. Jemand muss es machen. Jemand muss es organisieren. Muss? Muss, kann er gezwungen werden? Wer tut das? Unter welchen Umständen tut er das ohne Zwang aus freien Stücken, wie man so sagt?

Die Deklaration, Wasser sei ein Menschenrecht, trägt jedenfalls nicht einen Kubikmillimeter zur Produktion von sauberem Trinkwasser bei. Wenn die Leitungen nicht gelegt und gewartet, wenn die Wasserdrücke nicht gewährleistet, wenn Abwässer nicht aufgefangen und aufbereitet werden, wenn die Chemikalien nicht zur Hand sind, ist Essig mit sauberem Trinkwasser. Egal, was im